

Heiner Flassbeck

50

EINFACHE  
DINGE, DIE  
SIE ÜBER UNSERE  
**WIRTSCHAFT**  
WISSEN SOLLTEN



W E S T E N D

# Inhalt

<b>Einleitung: Der Ruck in den Abgrund</b> .....	9
--	---

## **Wirtschaftspolitik**

1. Schlusslicht in Europa .....	17
2. Neue Regierung – alte Wirtschaftspolitik .....	21
3. Konjunktur- oder Strukturpolitik? .....	24
4. Nullrunden – null Wachstum .....	26
5. Binnenmarkt und Realeinkommen .....	28
6. Agenda 2010 – Verzicht ist Rückschritt .....	31
7. Irrtum Benchmarking .....	33
8. Wahlen und Wählerwillen .....	36
9. Wachstumsbremse Wiedervereinigung? .....	39
10. Liberale Wirtschaftspolitik .....	41
11. Reformen und die lange Frist .....	44
12. Ökonomie als Glasperlenspiel .....	46

## **Globalisierung und Weltwirtschaft**

13. Volkswirtschaft und Weltwirtschaft .....	53
14. Die globale Verflechtung .....	55
15. Freihandel als Mantra .....	58
16. Deutschland gegen den Rest der Welt .....	61
17. Basar-Ökonomie oder Basar-Ökonomen? .....	63
18. Entwicklungshilfe für Wachstum .....	66
19. Globalisierung und Alterung .....	69
20. Argentinien und der IWF .....	71

## **Europäische Union**

21. Europa und die Staatsdefizite . . . . .	77
22. Lohndumping und Deflation . . . . .	79
23. Spargelstecher und Arbeitslose . . . . .	81
24. Europa und die Türkei . . . . .	84
25. Das Nein für Europa . . . . .	87

## **Binnen- und Arbeitsmarkt**

26. Der Flächentarifvertrag und unser Klima . . . . .	93
27. Hart(z) und die Arbeitslosigkeit . . . . .	95
28. Hart(z) IV und der Absturz . . . . .	98
29. Arbeitsmarktflexibilität als Dogma . . . . .	100
30. Lohnverzicht durch Mehrarbeit . . . . .	103
31. Arbeitszeitverlängerung oder Arbeitszeitverkürzung? . . . . .	106
32. Der Unsinn des Herrn Sinn . . . . .	109
33. Die Fiktion vom Kombilohn . . . . .	111
34. Genforschung und Arbeitsplätze . . . . .	114

## **Rente und Gesundheit**

35. Wohlstand und Gesundheit . . . . .	119
36. Fehldiagnose Gesundheitsreform . . . . .	121
37. Kopfprämie: die falsche Therapie . . . . .	124
38. Rentenreform und Konjunktur . . . . .	127
39. Rentensicherheit in den USA . . . . .	129

## **Steuer- und Finanzpolitik**

40. Flache Steuer oder Demokratie . . . . .	135
41. Steuerreform als Allheilmittel . . . . .	137
42. Die Steueroasen vor der Haustür . . . . .	140
43. Reichensteuer und soziale Gerechtigkeit . . . . .	142
44. Autos kaufen keine Autos . . . . .	145
45. Verteilung über alles? . . . . .	147
46. Fluchtgeld und Arbeitsplätze . . . . .	150

47. Der „Bankbeamte“ und die Aktienkultur .....	153
48. Staatsentschuldung am Beispiel UMTS .....	156
49. Schuld und Schulden .....	158
50. Leben wir über unsere Verhältnisse? .....	161
<b>Nachwort: Freiheit oder Sozialismus?</b> .....	<b>165</b>
<b>Literaturhinweise</b> .....	<b>171</b>

Der Tatbestand ist unbestreitbar und deprimierend zugleich: Die deutsche Wirtschaft ist nicht mehr, was sie einst war. Wachstumswunderknabe war sie in den 50er Jahren, Beschäftigungschampion in den 60ern, Stabilitätsweltmeister in den 70ern und Exportweltmeister in den 80ern; das Land mit der harten Mark und den tüchtigen Menschen. In den 90er Jahren scheint nichts, aber auch gar nichts davon übrig geblieben zu sein. Selbst die deutsche Vereinigung, politische Krönung der Erfolgsstory, ist wirtschaftlich in die Hose gegangen und wird von vielen inzwischen als ein entscheidender Grund für den allgemeinen Niedergang angesehen.

In Sachen Preisstabilität hat die halbe Welt mittlerweile den deutschen Standard erreicht. Andere Währungen sind härter als die D-Mark und der Nachfolger Euro. Der gewaltige Leistungsbilanzüberschuss, Ausweis des Exporterfolges in den 80ern, war lange Jahre in den Wirren der deutschen Vereinigung untergegangen und ist erst seit 2000 wieder ein Erfolgsausweis. Bei der Arbeitslosigkeit, bis Ende der 80er Jahre noch eine Erfolgsgeschichte im internationalen und insbesondere im europäischen Vergleich, hat sich Deutschland nicht nur den USA, sondern auch vielen kleinen Ländern geschlagen geben müssen. Beim Wachstum gar, dem Lebenselixier der Marktwirtschaft, ist Deutschland nicht nur im Mittelfeld gelandet, nein, es hat seit einiger Zeit in Europa die rote Laterne nehmen müssen. Selbst der „Erzrivale“ Frankreich wächst seit Mitte des letzten Jahrzehnts deutlich schneller als die Berliner Republik.

Das ist bitter, weil Frankreich in vieler Hinsicht das Land ist, mit dem man Deutschland am ehesten vergleichen kann. Die USA sind zu groß, zu eigenständig und zu wenig in die Weltwirtschaft eingebunden, um für einen seriösen Vergleich zur Verfügung zu stehen. Kleine erfolgreiche Länder wie die Niederlande, Finnland, Dänemark oder gar Irland eignen sich für einen Vergleich von vornherein nicht. Diese Länder können nämlich Dinge tun, die ein großes Land niemals tun könnte. Viele der „Kleinen“ haben zum Beispiel innerhalb der Währungsunion ihre relative Größe ausgenutzt, um den Großen über Lohnzurückhaltung und eine Unterbewertung Marktan-

teile auf dem Weltmarkt abzujagen. Das hat den Kleinen viel gebracht, die Großen aber so wenig gestört wie einen Sechzehnjährigen ein Tritt ans Bein von seinem fünfjährigen Bruder. Umgekehrt wäre das offenbar anders.

Hinzu kommt, Frankreich ist nicht nur in vieler Hinsicht ähnlich, sondern schielte selbst vier Jahrzehnte lang über den Rhein, um es dem Wirtschaftswunderknaben zumindest gleich zu tun. Deutschland aber war das Land mit der Leitwährung in Europa. Deutschland diktierte nach dem Ende der Dollarordnung von Bretton Woods die monetären Bedingungen der Nachbarstaaten, und diese folgten, um nicht für immer mit einer schwachen Währung und Finanzkrisen geschlagen zu sein. Deutschland ging durch die Ölkrisen, ohne dauerhaften Schaden an der Stabilität der D-Mark zu nehmen, und heimste dennoch mehr Wachstum und Wohlstand als die anderen ein. Und, das ist die letzte noch schwärende Wunde, Deutschland sagte den anderen, wie das europäische Währungssystem zu funktionieren hat. Schließlich erklärte es ihnen, wie viel Disziplin man braucht, um am Ende mit dem Musterschüler in dieselbe Klasse, Währungsunion genannt, gehen zu dürfen. Politisch krönte Deutschland seine Position mit der Vereinigung, wurde das mit Abstand größte Land in Europa und schien uneinholbar für die nächsten 100 Jahre.

Dass es anders kam, lässt nicht nur bei manch einem in Europa die klammheimliche Freude so heftig aufwallen, dass er es nicht mehr verbergen kann. Es trifft auch Deutschland ins Mark, das um seine unausgesprochene Führungsrolle fürchten muss, wenn es alle paar Monate vom finnischen oder irischen Finanzminister gemahnt wird, gefälligst seine „Hausaufgaben“ in Sachen „Arbeitsmarktflexibilität“ oder Haushaltsdefizit zu machen, weil es sonst blaue Briefe setzt oder noch heftigere Strafen.

Warum aber ist Deutschland in den 90ern zurückgefallen? Um diese 100 000-Dollar-Frage wird heftig gestritten. Quer durch die Parteien und die akademische Ökonomie verlaufen die Gräben der einzelnen Positionen, und ein Konsens ist nicht einmal am Horizont zu erkennen. Und doch ist es ganz einfach, wenn man sich auf seinen gesunden Menschenverstand verlässt und die ideologischen Bretter vorm Kopf einmal ignoriert. Die drei gängigsten Thesen sind nämlich schon die am wenigsten überzeugenden.

Erstens, die missglückte deutsche Einigung sei schuld, hört man immer häufiger, weil dadurch die staatlichen Abgaben zu hoch und die Leistungsanreize zu gering seien. Die Abgaben sind derzeit in Deutschland aber nicht höher als zu den Zeiten (wie etwa den 80er Jahren), in denen man bei Wachstum und Beschäftigung viel besser als heute und Weltspitze zugleich war. Das Gegenteil ist eher richtig, die Abgaben der Unternehmen waren noch nie so niedrig wie heute und sind auch im internationalen Vergleich höchstens mittelmäßig. Die Lasten der deutschen Einheit hat man längst bei denen abgeladen, die in irgendeiner Weise vom Staat abhängig sind, weil die Transfers inzwischen weitgehend über den Abbau des sozialen Netzes finanziert werden.

Damit erledigt sich auch die zweite These, die da lautet, das soziale Netz und die Überregulierung hinderten die Wachstumskräfte an der Entfaltung. Auch hier gilt: Im Zeitvergleich gab es seit den 60er Jahren nicht mehr so wenig soziale Absicherung, und auch hier gibt der internationale Vergleich nichts her. Frankreich etwa ist mindestens so stark reguliert wie Deutschland und wurde dafür regelmäßig auch von den Gralshütern der reinen marktwirtschaftlichen Lehre bei der OECD und beim Internationalen Währungsfonds getadelt, solange sein Wachstum nicht höher als das Deutschlands war.

Die dritte These ist derzeit besonders im Schwange und sagt, der verkrustete Arbeitsmarkt und die Gewerkschaftsmacht seien das Haupthindernis für größere Wachstumsdynamik. Das aber ist per se keine ernsthafte Erklärung, weil der Arbeitsmarkt dem Wachstum folgt und nicht umgekehrt. Die These ist besonders töricht im Lichte der jüngsten Erfahrungen. Die scheinbar „unflexible“ deutsche Wirtschaft hat sich immerhin von einem weltweiten Wachstumsschub anregen lassen, kräftig zu expandieren (um 3 Prozent im Jahr 2000). Der Arbeitsmarkt hat darauf sofort heftig mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit reagiert. Kurz darauf aber lässt die Arbeitsmarktdynamik nach, weil die Weltkonjunktur einbricht. Für jeden Menschen, der noch seine fünf Sinne beisammen hat, ist in einer solchen Konstellation nicht der Arbeitsmarkt der Engpass, sondern eindeutig das Wachstum. Dass eine Regierung unmittelbar danach – ohne einen Aufschrei der Empörung bei den „Experten“ zu provozieren – einen Herrn Hartz aus dem Hut ziehen kann, zeigt, auf welch erbärmlichem Niveau sich die wirtschaftspolitische Debatte befindet.

Eine einfache Erklärung für das Zurückbleiben Deutschlands hat jüngst eine gründliche Studie der Europäischen Kommission angeboten (zu finden unter: [http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance](http://europa.eu.int/comm/economy_finance)). Auf 100 Seiten werden fast alle Erklärungsansätze diskutiert, und bei einigen kommt man zu erstaunlichen Ergebnissen. So zeigt sich bei einem Vergleich mit Frankreich, den USA, Japan und Großbritannien, dass Deutschland beim Export auch weiter ganz vorne mitspielt und bei den Investitionen nicht schlecht dasteht. Insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre fällt Deutschland aber beim privaten Verbrauch entscheidend zurück. Der Wachstumsbeitrag (also der Anteil der gesamten Wachstumsrate, der von einem bestimmten Teilagregat direkt beigesteuert wurde) des privaten Verbrauchs lag zwischen 1996 und 2001 in den USA bei 2,9, in Großbritannien bei 2,6 und in Frankreich noch bei 1,1 Prozent. In Deutschland betrug er nur 0,9 Prozent, was nur noch von Japan mit 0,5 unterboten wurde.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg zwischen 1996 und 2000 in den USA jährlich um 3,4 Prozent, in Großbritannien um 2,8 Prozent, in Frankreich um 2,1 Prozent und in Deutschland um 1,3 Prozent. Auch hier war nur Japan schlechter mit 0,7 Prozent. Ist das ein Zufall? Ist es Zufall, dass in den beiden Ländern, die mit Abstand die Schlusslichter bildeten, die privaten Haushalte am wenigsten in der Lage waren, Geld auszugeben?

So einfach ist das aber nicht, wird der gut ausgebildete Volkswirt einwerfen, wenn das Einkommen so wenig gestiegen ist, dann kann das nach meiner Theorie nur daran liegen, dass die Löhne in Japan und Deutschland zu stark gestiegen sind und die Beschäftigung daraufhin gefallen ist. Schade nur, dass sich die Wirklichkeit nicht an diese Theorie hält: Gerade in dem betrachteten Zeitraum, auch das zeigt die EU-Studie, sind in Deutschland und Japan die Löhne pro Kopf langsamer gestiegen als in den anderen Ländern, gleichzeitig hat aber auch die Beschäftigung weniger zugenommen.

Das Ergebnis ist weniger verblüffend, als es im Lichte der herrschenden Konfusion aussieht. Deutschland hat seine eigene Tugend, nämlich besser und stabiler sein zu wollen als die anderen, genau in dem Augenblick zu einer Untugend gemacht, als die anderen aufgeholt hatten. In den 60er Jahren durften die Löhne hierzulande noch mit 8 bis 10 Prozent jährlich steigen, ohne dass die Welt unterging. In



den 80ern waren es immerhin noch gut 4 bis 5 Prozent, und das galt genau bis 1996 auch weiter für Westdeutschland. Ab dann einigte man sich im Bündnis für Arbeit darauf, den Gürtel gründlich enger zu schnallen, und halbierte die nominalen Lohnzuwächse. Die Folge war, dass an zusätzlicher Kaufkraft praktisch nichts mehr übrig blieb. Bei stagnierenden Reallöhnen stagnierte aber auch der inländische Absatz der Unternehmen, die daraufhin auch keine Leute einstellten.

## Neue Regierung – alte Wirtschaftspolitik

# 2

War das ein Befreiungsschlag! Schröder befreite Deutschland von Rotgrün, befreite sich von der Politik, befreite seine Partei von den Linken und, wer hätte das gedacht, befreite die Wähler von der Alternativlosigkeit. Plötzlich entdeckten 8 Prozent der Wahlbürger, dass es links von der SPD noch Leben gibt, und machten tatsächlich dort ihr Kreuzchen. Das hat eine Reihe von Konsequenzen, einige davon werden uns noch um den Schlaf bringen.

Zwar war mit dieser fundamentalen Wende in der deutschen Politik der Traum von Guido Westerwelle vom Ministeramt ausgeträumt, was uns ruhig schlafen lässt, zum anderen aber strebte die Republik geradewegs auf die Staatsform zu, die sie insgeheim am meisten liebt: Große Koalition, starke Regierung, keine Opposition in Bundestag und Bundesrat, endlich der rechte Platz für die Reformer in den beiden Volksparteien.

Wer kann da noch schlafen?

Worauf hat sich eine Große Koalition der Reformer geeinigt? Nun, zunächst auf den Tatbestand, der in allen Programmen von CDU und SPD in den letzten und für die kommenden Jahre schon beinahe ein Gemeinplatz ist. Die deutschen Lohnkosten sind zu hoch, insbesondere die Lohnnebenkosten erdrücken die deutsche Wirtschaft wie die Arbeitnehmer und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Wie ernst es beiden Parteien damit ist, kann man ihrem Koalitionsvertrag ablesen. Um hier gegenzusteuern, hat die Große Koalition doch tatsächlich beschlossen, in der schwie-